



Mediendossier

Pressekonferenz, 3. März 2010

Politische Aktion im Bäderquartier vom 24.01.2009

Kontakte

Fragen zur politischen Aktion und Wohnraumdebatte

Andrea Arezina, Co-Präsidentin JUSO Aargau, 079 504 78 17, aarezina@juso-aargau.ch

Andri Koch, Co-Präsident JUSO Aargau, 076 411 29 19, akoch@juso-aargau.ch

Ausschliesslich Fragen im Zusammenhang mit der SP

Marco Hardmeier, Präsident SP Aargau, marco.hardmeier@sp-aargau.ch

Gewerkschaftliche Sicht der Wohnraumproblematik

Jürg Keller, Vizepräsident AGB, 079 757 13 70, sekretariat@vpod-agso.ch

Fragen zum Strafverfahren

lic. iur. David Chaksad, Kanzlei Boner Aarau, 062 822 40 25, d.chaksad@gmail.com

Es gilt das gesprochene Wort.**Andrea Arezina, Co-Präsidentin JUSO Aargau**

Bevor wir anfangen, wollen wir etwas klarstellen. Die JUSO Aargau hat eine angekündigte, zeitlich begrenzte, politische Aktion durchgeführt. Die politische Aktion fand in einem Raum eines leer stehenden und baufälligen Gebäudes statt. Der Durchgang zu den anderen Zimmern wurde durch die JUSO Aargau abgesperrt.

Am Morgen nach der Aktion entdeckte die Besitzerin der Dépendance zum Ochsen (Verenahof AG) einige ausgekippte Farbkübel in Räumen eines anderen Gebäudes (Verenahof). Der gesamte Sachschaden beträgt anscheinend 3000.- Franken. Trotz mehrfacher Anfrage wollte die Verenahof AG nicht bekannt geben, wie sich diese Kosten zusammen setzen.

Die Sachbeschädigungen sollen anscheinend rund um die Aktion der JUSO Aargau passiert sein – das ist allerdings mitnichten erwiesen sondern nur eine Vermutung. Falls dem so wäre, bedauern wir das. Wir stellen allerdings unmissverständlich klar: Kein Mitglied der JUSO Aargau und kein/e TeilnehmerIn der Aktion erhielt einen Strafbefehl wegen Sachbeschädigungen. Die einzigen Strafbefehle, die ausgestellt wurden, lauten auf Hausfriedensbruch. Wir hoffen, ab jetzt sachlich über die Aktion und unsere politischen Anliegen sprechen zu können. Die Debatte über die Sachbeschädigungen ist damit für uns beendet.

An dieser Stelle möchte ich auf dieses Sparschwein vor mir hinweisen. Dieses Sparschwein wird die JUSO Aargau bei all ihren zukünftigen Aktionen zum Thema Wohnraum mitnehmen und für die Verenahof AG sammeln. Denn die JUSO Aargau hat sich schon immer für die Schwächeren eingesetzt. Wir wollen schliesslich nicht, dass die Verenahof AG an dem immensen Sachschaden zu Grunde geht.

Marco Hardmeier, Präsident SP Aargau

Ich gehe mit meinen Ausführungen nicht auf die politische Aktion der JUSO vom 24./25. Januar 2009 in Baden ein – ich habe mich dazu bereits zum entsprechenden Zeitpunkt intern und öffentlich geäußert. Ich äussere mich lediglich zum politischen Sachverhalt und zu den Entscheidungen der JUSO Aargau und von Cédric Wermuth bezüglich dem Strafbefehl.

- Cédric Wermuth ist öffentlich immer zu seiner Verantwortung gestanden. Die Entscheidung von Cédric Wermuth, den mit einer hohen Strafe versehenen Strafbefehl zu akzeptieren, genießt meine Hochachtung. Sie führt dazu, dass die Thematik entpersonalisiert und die politische Diskussion und mediale Berichterstattung wieder versachlicht wird.
- Die Schweiz ist und bleibt ein Rechtsstaat. Ich begrüße es, dass die JUSO sich entschieden hat, die Strafbefehle gerichtlich überprüfen zu lassen. Ich gehe davon aus, dass nun die gerichtlichen Instanzen insbesondere auch der Frage der Verhältnismässigkeit einen hohen Stellenwert einräumen werden.
- Dass preisgünstiger Wohnraum in den urbanen Regionen und städtischen Zentren der Schweiz je länger je mehr ein knappes Gut wird, wird niemand ernsthaft bestreiten wollen. Insbesondere für junge Menschen, Familien und Kleinbetriebe wird es in den Zentren zusehends schwierig, bezahlbaren Wohnraum resp. entsprechende Geschäftsräume zu finden. Die JUSO haben als Jungpartei mit ihren Möglichkeiten frühzeitig auf diesen Umstand hingewiesen. Die SP Baden hat in enger Zusammenarbeit mit den JUSO im letzten Jahr die Volksinitiative „Baden für alle – für bezahlbare Wohn-, Kultur- und Gewerberäume in der Stadt Baden“ lanciert. Die SP Stadt Zürich bietet mit ihrer Initiative "Wohnen für alle" ebenfalls einen politischen Lösungsvorschlag an. Es geht also letztendlich um eine politische Frage: Die JUSO und die SP weisen nicht nur auf ein sich stetig verschärfendes Problem hin, sondern zeigen gleichzeitig fortschrittliche und nachhaltige Lösungswege auf.

Die SP Kanton Aargau geht davon aus, dass im Kanton Aargau nun auch in dieser Frage wieder über politische Inhalte gesprochen und berichtet wird.

Jürg Keller, Vizepräsident AGB und Regionalsekretär vpod aargau/solothurnNein zur Kriminalisierung politischer Aktionen und der Aushöhlung der politischen Grundrechte

Eines möchte ich gleich zu Beginn festhalten:

Die Hausbesetzung durch die Juso war angekündigt, zeitlich begrenzt und friedlich –eine symbolische politische Aktion in Form einer Party -, um auf ein nicht nur aktuelles, sondern schon lange verschlepptes Problem öffentlichkeitswirksam aufmerksam zu machen:

Die Wohnungssituation für Junge und Familien ist seit Jahrzehnten in Baden äusserst prekär!

Von den frühen 80er Jahren bis in die 90er Jahre hinein gab es schon eine breite Bewegung, die mit verschiedenen Aktionen - darunter auch wirklichen Hausbesetzungen, bis hin zu einer Wohnbauinitiative - erreichen wollte, dass sich die Verantwortlichen der Stadt endlich des Problems annehmen und Abhilfe schaffen. Die Initiative wurde damals vom Stadtrat und der Mehrheit des Parlaments aktiv bekämpft, vor allem mit dem Argument, dass das Anliegen nicht Sache der Stadt sei, und es wurde auf Aktivitäten von Wohnbaugenossenschaften verwiesen. Obwohl mit einer Ausnahme solche Initiativen ausblieben und sich die Situation mit dem Abbruch vieler älterer Liegenschaften in den 90er und den Nuller-Jahren weiter verschärfte, hat die offizielle Politik ihre Haltung nicht geändert. Dies trotz der parallel verlaufenden Bewegung für Begegnungs- und Kulturräume für junge Leute und alternative Kultur (Stichworte dazu: Besetzung Falken, Schlachthof, BBC-Strasse 1 / Lösungen mit Halle 36, Merkker, Nordportal).

Aus diesem Blickwinkel war die Aktion der Juso längst überfällig. Als Unterstützer der Bewegung für bezahlbaren Wohnraum auch für kleine und mittlere Einkommen habe ich mich darüber sehr gefreut.

Die Dépendance Ochsén, in der die politische Party stattfand, steht seit Jahren leer und ist am Verlottern. Eine Privatsphäre oder häusliche Ruhe konnte da nicht mehr gestört werden. In diesem Zusammenhang von Hausfriedensbruch zu sprechen, ist eine rein formaljuristische Betrachtungsweise: Welcher Hausfrieden soll da geschützt werden – etwa der von Gespenstern und Geistern? Es kann sich also nur noch um die Eigentumsgarantie handeln. Aber auch Eigentum verpflichtet und hat sich an übergeordnetes Recht zu halten.

Meine Schlussfolgerung ist klar: Hier soll eine eindeutig politische Aktion kriminalisiert werden und die jungen, politisch engagierten Leute sollen eingeschüchtert (Geldstrafen, Eintrag ins Strafregister) und in den Schmutzlecken gestellt werden. Damit werden die Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit massiv in Frage gestellt.

Das ist auch der Hauptgrund, warum ich heute als Vizepräsident der Aargauer Gewerkschaften und als Regionalsekretär des vpod aargau/solothurn hier bin und öffentlich Stellung beziehe.

Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sind seit den 90er Jahren zunehmend mit der Aushöhlung der politischen Grundrechte konfrontiert: Regelmässig werden wir von Arbeitgebern mit Klagen wegen Hausfriedensbruch eingedeckt, weil wir unsere Mitglieder und potentielle Mitglieder auf Baustellen, in den Betrieben und in den Verkaufsläden aufsuchen, um sie über ihre Rechte und allfällige gesamtarbeitsvertragliche Regelungen zu informieren, obwohl es rechtlich absolut klar ist, dass dies durch die Koalitionsfreiheit geschützt ist. Zunehmend werden wir auch bei Streikaktionen mit Klagen wegen Nötigung konfrontiert, obwohl das Streikrecht in der Verfassung verankert ist.

Was hier in Baden abläuft, hat klare Parallelen zu dem, was wir erleben: Zunehmende Versuche der Kriminalisierung von politischen Aktionen und zunehmende Aushöhlung von elementaren politischen Rechten. Während aber die tatsächlichen Hausbesetzungen in den 80er Jahren keine juristischen Nachspiele hatten, wird hier eine symbolische Aktion massiv kriminalisiert.

Dazu sagen wir von den Gewerkschaften klar nein, stellen uns entschieden gegen diese unheilvolle Entwicklung und solidarisieren uns mit den betroffenen jungen Leuten.

Stellvertretend für die Unia Region Aargau darf ich hier und heute auch festhalten: Die Unia Region Aargau zeigt diese Solidarität auch ganz praktisch, indem sie ihren betroffenen jungen Mitgliedern (und es sind einige) vollen Rechtsschutz gewährt.

Andri Koch, Co-Präsident JUSO AargauNein zu politisch gefällten Urteilen, denn wir leben in einer Demokratie!

Die JUSO Aargau hat vor einem Jahr eine politische Aktion im Bäderquartier in Baden durchgeführt. Eine Aktion, die weit über den Aargau hinaus bekannt wurde. Daraus lässt sich schliessen, dass wir ein bis anhin unbeachtetes Thema auf die politische Agenda gebracht haben. Die Wohnraumdebatte, wie sie heute in Städten wie Zürich oder auch Baden intensiv geführt wird, ist richtig und wichtig und muss auch weiterhin geführt werden. Die JUSO Aargau wird sich durch die Justiz nicht von einer solchen Debatte abbringen lassen.

Die bürgerliche Justiz geht mit voller Härte gegen die Aktivistinnen und Aktivisten dieser politischen Aktion vor. 20 Tagessätze und 300 Franken Busse sollen junge Menschen erhalten, weil sie sich am politischen Geschehen beteiligen und auf ein Problem aufmerksam machen, dass vor allem Junge, Familien und Alleinerziehende betrifft. Kurz gesagt, es betrifft alle ausser die gehobene Mittel- und Oberschicht in unserem Land. Also genau jene, die durch bezahlbare Mieten weniger Rendite kassieren würden. Dies zeigt, dass dieses Urteil nichts anderes als ein politisch gefälltes Urteil ist. Schon dies alleine ist für die JUSO Aargau Grund genug das Urteil anzufechten.

Doch nicht genug: In den letzten Jahren wurden exorbitante Löhne und Boni an die Manager der UBS ausbezahlt. Diese Boni beruhten auf kurzfristigen, annuellen Erfolgen und ohne Sicht auf die Nachhaltigkeit der Unternehmung. Diese Unternehmenspolitik destabilisierte die UBS und das ganze Wirtschaftssystem derart, dass der Bund die UBS mit 68 Milliarden stützen musste, um den Kollaps der Schweizerischen Volkswirtschaft zu verhindern.

Manager, die eine ganze Volkswirtschaft in Gefahr brachten und indirekt die Verantwortung für tausende von Arbeitslosen zu tragen haben, kommen absolut ungeschoren davon. Doch 21 junge Menschen, welche auf den Missstand im Wohnungsmarkt hinweisen, sollen verurteilt werden? Und zu allem Übel ist mit der Verurteilung nicht genug, Nein, ihnen werden auch noch die Staatskosten zu je 300 Franken in Rechnung gestellt. Was für ein Hohn! Die Schweiz kann 68 Milliarden in eine Unternehmung stecken, welche aus Geldgier beinahe bis aufs Skelett ausgesaugt wurde und gleichzeitig soll sich eine Gruppe aus Lernenden, jungen Arbeitnehmenden und Studierenden an den Staatskosten für eine überrissene Untersuchung beteiligen? Diese Kosten betragen schätzungsweise 10'000 Franken, was grösstenteils vom Steuerzahler berappt werden muss. Dieser Aufwand ist ein weiteres Zeichen dafür, dass hier ein politisches Urteil gefällt wurde, denn die Verhältnismässigkeit stimmt hier schon lange nicht mehr.

Alle AktivistInnen waren ausnahmslos kooperativ und haben die Polizei bei ihren Ermittlungen im Rahmen ihres Möglichen unterstützt. Die Untersuchung konnte keine Kausalität zwischen unserer Aktion für mehr Wohnraum und den aufgefundenen Sachbeschädigungen feststellen. Daher dreht es sich nun nur noch um eine politische Aktion in einem etwa 7 x 10 Meter grossen Raum in einem maroden, seit Jahren leer stehenden Gebäude. Diese Tatsache lässt die Frage aufkommen, ob wir bereits soweit sind, dass politische Aktionen, welche der politischen Elite nicht genehm sind, mit aller Härte bekämpft werden – auch wenn dafür die Institutionen der Demokratie missbraucht werden.

Die JUSO Aargau wird es nicht zulassen, dass sich die Bürgerlichen hinter den Mühlen der Justiz von der Wohnraumdebatte verabschieden. Daher haben wir beschlossen, gegen die Strafbefehle Einspruch zu erheben. Natürlich müssen alle Beteiligten persönlich entscheiden, ob sie sich uns anschliessen oder nicht. Bis anhin wird unsere Rechtsvertretung, David Chaksad, für rund die Hälfte der Betroffenen Einspruch einlegen.

Die JUSO Aargau steht zur Demokratie mit all ihren Facetten. Dies bedeutet, dass wir uns aller politischen Instrumente bedienen, die uns zur Verfügung stehen. Eine Jungpartei kann dafür nicht auf die gleichen finanziellen Mittel wie eine Bundesratspartei zurückgreifen, daher sind andere Mittel und Wege notwendig, um sich am politischen Prozess zu beteiligen. Die Juso Aargau hat eines dieser Instrumente pointiert eingesetzt und an einem Samstagabend über 100 junge Menschen zu einer politischen Aktion motiviert. Doch leider wurde diese Motivation durch das laufende Verfahren vernichtet. Für die Juso Aargau ist es daher doch etwas heuchlerisch, wenn auf der einen Seite die Wahlbeteiligung von Jungen bei den Grossratswahlen bemängelt wird und auf der anderen Seite wird alles daran gesetzt, damit dies auch so bleibt. Doch von den Bürgerlichen sind wir nichts anderes gewohnt und von den anderen enttäuscht.

Trotzdem: der Mangel an bezahlbarem Wohnraum wird nicht so schnell von der politischen Agenda verschwinden. Denn von den gebetsmühlenartigen Verunglimpfungen unserer politischen Aktion durch die bürgerliche Propagandamaschinerie werden wir uns nicht einschüchtern lassen und darum bereits in den nächsten Tagen die nächsten Aktionen zu diesem Thema planen.

Nun können wir nur noch hoffen, dass solche „ghadhafischen“ Prozesse im Aargau und der Schweiz nicht zur Tagesordnung werden. Dies wäre dann wohl definitiv das Ende unserer Demokratie.

Andrea Arezina, Co-Präsidentin JUSO AargauWohnraumproblematik & Initiative „Baden für alle – für bezahlbare Wohn-, Kultur- und Gewerberäume in der Stadt Baden“

Baden hat ein akutes Problem was Wohnraum betrifft. Erstens gibt es zu wenig leer stehende Wohnungen, dazu noch später in Zahlen. Und zweitens ist der wenig vorhandene Wohnraum mittlerweile fast nicht mehr zahlbar für Junge, Familien und Alleinerziehende.

Hier möchte ich einen kurzen Rückblick in die Geschichte des Verenaahofs im Bäderquartier machen. Bevor der Verenaahof in den Besitz der Verenaahof AG übergang, liess der ehemalige Besitzer extra die Fenster und Türen offen damit das Gebäude schneller verlottert und schlussendlich nichts anderes helfen würde als es abzureissen. Der Plan ging nicht auf.

Heute gehört die Verenaahof AG Frau Zehnder. Seither ging aber auch nicht wirklich viel. So z.B. steht das Gebäude in dessen Raum wir die politische Aktion durchgeführt haben nach wie vor leer und lottert dahin, anstatt es zu sanieren und beispielsweise als Kulturlokal zur Verfügung zu stellen.

Wahrscheinlich wäre das Kulturlokal Herbert sehr dankbar, welches dieses Wochenende seine Abschlussparty feiert, da es aus seinen alten Räumlichkeiten raus muss und bis heute keine neue Bleibe gefunden hat. Für viele andere Kulturinstitutionen Badens – das Kuba, die Seerose und viele andere – käme auch das zu spät.

Die Zukunft des Bäderquartiers wird eine Anreicherung von weiteren Wellnessanlagen, Büros und ein paar Eigentumswohnungen sein. In Form von teuren Betonblocks für die reiche Oberschicht. Doch der wirklich benötigte Wohnraum für Junge, Familien und Alleinerziehende mit einem tieferen Einkommen, damit die Stadt Baden eine gute Durchmischung der Wohnbevölkerung hat, die sie sich immer wünscht, rückt erneut in weite Ferne.

Lassen sie mich das ganze in Zahlen ausdrücken: Der schweizweite Leerwohnungsbestand beträgt 0.97%. Im Kanton Aargau liegt er mit 1,35% ein bisschen höher, liegt aber in Baden bei erschreckenden 0.39%. Bei einer Leerwohnungsnummer unter 2% existiert kein Markt, sondern ein Angebotsdiktat. Die VermieterInnen alleine bestimmen die Höhe der Mietpreise. So kostet etwa eine 4-Zimmerwohnung, die der Stadt Baden gehört, ungefähr 900 Franken weniger als die gleiche Wohnung auf dem „freien“ Markt!

In der Schweiz geben die Haushalte durchschnittlich 25% ihres Einkommens für die Miete aus. Das ist einer der grössten Posten im Haushaltsbudget von Frau und Herr Schweizer. Bei Leuten mit tieferen Einkommen beträgt der Anteil sogar 40%. Wenn nicht gehandelt wird, werden die Mietpreise weiter steigen und steigen.

Darum haben wir zusammen mit der SP die Initiative „Baden für alle – für bezahlbare Wohn-, Kultur- und Gewerberäume in der Stadt Baden“ lanciert. Die Initiative verlangt, dass die Stadt Baden eine Stiftung gründet, die sich um die Bereitstellung von zahlbarem Wohnraum sowie Kultur- und Gewerberäumen kümmert.

Was die Initiative „Baden für alle - für mehr bezahlbare Wohn-, Kultur- und Gewerberäume in der Stadt Baden.“ betrifft, sind wir seit September bei der Badener Bevölkerung am Unterschriften sammeln und stossen auf grosses Interesse. Als Badnerin oder Badner haben Sie hier auch gleich die Möglichkeit die Initiative zu unterschreiben.

Und wir als JungsozialistInnen setzen uns dafür ein, wie mit der politischen Aktion im Bäderquartier, das bezahlbares und komfortables Wohnen nicht länger ein Privileg der reichen Oberschicht bleibt sondern für alle zugänglich wird.

„Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist, sie zu gestalten.“ In diesem Sinne freuen sie sich auf die nächste Aktion der JUSO Aargau.